

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag

5. Februar 1925

Bearbeitungen und Druckarbeiten
finden in der Morgenausgabe angedeutet

Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 282-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 2508-2507

Otto Braun lehnt ab.

Ein Zentrumsmann Ministerpräsident?

Wie der Umschau Preussische Presseblatt mitteilt, hat Ministerpräsident Braun heute nachmittag 1/2 1 Uhr dem Präsidenten des Preussischen Landtages folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Auf Ihre Mitteilung vom 30. vorigen Monats über meine Wahl zum Ministerpräsidenten teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich die Wahl nicht annehme.“

Die Entscheidung über die Regierungsbildung in Preußen ist heute in negativem Sinne gefallen. Der von der Weimarer Koalition wiedergewählte Ministerpräsident Otto Braun hat heute die Erklärung abgegeben, daß er den Auftrag zur Regierungsbildung ablehne, da es ihm unmöglich gemacht wurde, eine parlamentarische Mehrheit zusammenzubringen.

Die Deutsche Volkspartei hat gestern und heute eingehende Beratungen gepflogen, die mit dem Beschlusse der Fraktion endeten, eine Regierung der Weimarer Koalition, auch wenn sie von einem anderen als von Braun geführt werde, weder zu unterstützen noch auch nur zu tolerieren. Unter diesen Umständen war die Mission

Brauns aussichtslos und er mußte die Parteien vor die Entscheidung stellen, ob sie selbst eine Regierung mit oder gegen die Sozialdemokratie zustande bringen.

Augenblicklich steht das Zentrum vor der Frage, ob es den Ministerpräsidenten stellen will. Man spricht von der Möglichkeit, daß der schon wiederholt genannte Landeshaupmann Dr. Horion, der seit einigen Tagen in Berlin mit der Zentrumsführung verhandelt, vom Zentrum vorgeschlagen werde.

Die sozialdemokratische Fraktion, die heute vor der Plenarsitzung zusammengetreten war, hat ihre Haltung gegenüber der neuen Situation noch nicht endgültig festgelegt. Über allgemein war man klar darüber, daß die Partei einem Kandidaten des Zentrums nur dann die Stimme geben könne, wenn die Beteiligung der Partei an der Regierung gesichert ist. Es wird sich also jetzt darum handeln, welche Stellung das Zentrum und sein Kandidat zu dieser Frage einnimmt, ob es sich von der Volkspartei und den Deutschnationalen die Richtlinien vorschreiben lassen oder ob es seinen eigenen so oft als richtig betonten Weg weitergehen will.

Der unsoziale Reichsetat.

Luthers Versprechungen und seine Taten.

Der Reichskanzler Dr. Luther und der neue Reichsfinanzminister v. Schlieffen sind die Verantwortlichen für den Reichsetat. Der eine als bisheriger Reichsfinanzminister, der andere als sein bisheriger Etatreferent. In der Regierungserklärung hat Dr. Luther Pflege des sozialen Geistes, Förderung und Unterstützung aller sozialen Aufgaben versprochen. Wir wollen prüfen, ob die bisherigen Taten beider Herren in der früheren Regierung, soweit sie sich aus dem Etat erkennen lassen, Vertrauen zu diesen Versprechen beanspruchen dürfen. Herr Luther und Herr Schlieffen sind keineswegs unbeschriebene Blätter. Sie haben bereits in der Regierung Marx für den Reichsblock vorgearbeitet, der eine als Reichsfinanzminister, der andere als Ministerialdirektor. Sie gehörten beide zu den ausgeprägtesten Vertretern der Rechtstendenzen in der Regierung Marx. Wenn man den Wurzeln des Reichsblocks in der Regierung Marx nachgeht, wird man neben den Herren Jarres und Stresemann die Herren Luther und Schlieffen nicht vergessen dürfen. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

Kürzlich ist an dieser Stelle (Nr. 26) bereits in einer allgemeinen Betrachtung des Reichsetats der Nachweis geführt worden, daß er absichtlich unklar gehalten ist, die großen Ueberschüsse aus dem Jahre 1924 verdeckt, ein Defizit vertuscht, wo ein Ueberschuss besteht, eine Anleihe verlangt, wo das Reich selbst eine geben könnte, und daß infolgedessen der ganze Reichsetat falsch und als Grundlage für eine Sanierung der Reichsfinanzen nicht zu gebrauchen sei. Daß dieses Verhalten weder der tatsächlichen Unmöglichkeit, noch der persönlichen Unfähigkeit, einen richtigen Etat aufzustellen, zu danken ist, ist klar. Wir wollen auch zur Ehre der neuen Herren nicht annehmen, daß das die Einseitigkeit der versprochenen „inneren Wahrhaftigkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens“ ist. Neben politischen Erwägungen, die wir im Augenblick unerörtert lassen wollen, scheint uns vielmehr in erster Linie die Absicht maßgebend gewesen zu sein, die unsoziale Politik fortzusetzen, die auf Drängen des Unternehmers gerade von den Herren Dr. Luther und Schlieffen bisher betrieben worden ist.

Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt den Etat. Er zerfällt in zwei Teile: die allgemeine Reichsverwaltung und die Kriegskosten. Die allgemeine Reichsverwaltung umfaßt sämtliche Ressorts mit Ausnahme der Reichspost und der Reichsbahn, die seit Oktober 1923 finanziell selbständig sind. Der Etat der allgemeinen Reichsverwaltung für 1925 weist im ordentlichen Haushalt Einnahmen in Höhe von 5513,8 Millionen Reichsmark auf. Von dieser Summe entfallen auf die fortdauernden Ausgaben 5167,2 Millionen, auf den Haushalt der Kriegskosten 161,8 Millionen und für einmalige Ausgaben 184,8 Millionen Reichsmark. Der außerordentliche Haushalt enthält eine Ausgabe von 433,4 Millionen Reichsmark. Davon entfallen auf die Kriegskosten 141,2 auf Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung 292,2 Millionen. Der bei der allgemeinen Reichsverwaltung rechnerisch vorhandene ungedeckte Ausgabenbedarf von 156,2 Millionen Mark, sowie der bei den Kriegskosten vorhandene von 141,2 Millionen, insgesamt 277,4 Millionen Mark, sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden.

Der allergrößte Teil der Einnahmen des Reichs fließt aus Steuern, Zöllen und Abgaben. Von ihnen erwartete man eine Einnahme von 5394,6 Millionen Mark. Das ist zwar nur eine Schätzung, zudem eine falsche, wie die folgende Uebersicht zeigt:

	Wirklicher Ertrag vom 1. April 1924 bis Ende Dez. cr.	Schätzung d. Einnahmen für das Rechnungsj. 1924	Schätzung d. Einnahmen für das Rechnungsj. 1925
Einkommensteuer aus Lohnabzug	853 808 870	1 344 000 000	
aus andern	643 318 612		
Körperschaftsteuer	290 158 725	114 000 000	
Vermögenssteuer	328 048 364	370 000 000	
Erbchaftsteuer	16 950 975	30 000 000	
Umsatzsteuer, allgemeine	1 358 757 808	1 200 000 000	
erhöht	85 206 651	180 000 000	
Grundwerbsteuer	10 601 630	150 000 000	
Kapitalverkehrssteuer	117 262 807	108 000 000	
Kraftfahrzeugsteuer	41 722 087	50 000 000	
Verkehrssteuer	21 908 757	32 000 000	
Rennt- und Lotteriesteuer	40 540 884	45 000 000	
Wohlfahrtssteuer	48 740 340	65 000 000	
Beförderungsteuer	241 822 816	250 000 000	
Steuer auf Schuldverreibungen	88 126 062	86 000 000	
Andere Besitz- und Verkehrssteuern	32 078 607	—	
Zölle	290 123 596	160 000 000	
Tabaksteuer	365 300 431	860 000 000	
Biersteuer	146 409 419	126 000 000	
Rudersteuer	150 209 181	231 000 000	
Braunweinmonopol	80 341 415	140 000 000	
Weinsteuer	63 707 583	48 000 000	
Andere Verbrauchssteuern	19 697 628	84 700 000	
Sonstige Einnahmen	6 676 932	47 035	

Danach hat die tatsächliche Entwicklung der Einnahmen im Jahre 1924 die vorläufige Schätzung bereits nach neun Monaten überholt. Während der Voranschlag mit einer Jahres-einnahme von 5243,7 Millionen rechnete, sind in neun Monaten bereits 5293 Millionen, also 50 Millionen mehr eingegangen.

Noch interessanter aber ist die Entwicklung der Einnahmen, wenn man sie trennt nach der Belastung des Besitzes und der Belastung des Arbeitseinkommens und des Verbrauchs, also der Massenbelastung. Rechnen wir zur Massenbelastung nur Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Beförde-

Staatsanwalt gegen Barmatuntersuchung.

Soll etwas vertuscht werden?

Die materiellen Verhandlungen haben im Barmat-Ausschuß des Reichstags noch nicht begonnen. Der preussische Untersuchungsausschuß verhandelt seit einiger Zeit ausschließlich über Beweisanträge, die von den Deutschnationalen und von den Kommunisten gestellt sind.

Die Sozialdemokratie hatte keine Veranlassung, dieser Untersuchung zu widersprechen, im Gegenteil, sie ist außerordentlich daran interessiert, daß alle Vorgänge restlos aufgeklärt werden. Die Untersuchung des Staatsanwalts vollzog sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Eine zuverlässige Berichterstattung gab es hier nicht. Nur eine Reihe von Korrespondenzen war merkwürdigerweise in der Lage, alarmierende Sensationsnachrichten zu bringen, deren Richtigkeit mindestens sehr zweifelhaft war. Was zum Beispiel speziell Barmat von den Gerichtsbehörden vorgeworfen wird, weiß heute eigentlich niemand. Die Verteidigung verlangt dauernd seine Freilassung. Um so mehr ist das Verlangen der Öffentlichkeit berechtigt, authentisch über die Zusammenhänge dieser Kreditaffäre aufgeklärt zu werden. Um so bedauerlicher ist es, daß jetzt auf einmal die Staatsanwaltschaft dieser Klärung Schwierigkeiten zu machen sucht.

In einer langen Meldung der Sochaczewski-Korrespondenz wird die Sache so dargestellt, als ob die Verhandlungen des preussischen Untersuchungsausschusses die Untersuchung des Staatsanwalts gefährden könnte. Eigentlich sollte man ja annehmen, daß nach fünf Wochen der Staatsanwalt mindestens im Falle Barmat zu einem Ergebnis gekommen sein könnte. Aber selbst wenn das nicht gelungen sein sollte, wäre es sehr merkwürdig, wenn jetzt auf einmal wieder die Untersuchung der parlamentarischen Ausschüsse abgestoppt würde. Sollte eine solche Entwicklung gewissen Drahtziehern, die anscheinend bisher nicht auf ihre Kosten gekommen sind, angenehmer sein?

Eine neue Wendung?

Die Verteidigung der Gebrüder Barmat schreibt uns: „Die Affäre Barmat scheint eine Wendung zu nehmen, die nach dem angeblichen Vorgehen der Staatsbank die Öffentlichkeit nicht erwartet hätte. Das Verfahren gegen Barmat hat sich bekanntlich nicht aus Anzeigen von angeblich geschädigten Gläubigern entwickelt, sondern ist auch auf die Initiative der Staatsanwaltschaft zurückzuführen, die in den Büchern neben Michael und Autister auch den Namen Barmat fand und feststellte, daß dieser große Kredite bekommen habe.“

Der Vizepräsident der Staatsbank Ruggs hat an Henri Barmat einen Brief in das Gefängnis geschrieben, worin er ihm erklärte, daß das Vorgehen der Staatsanwaltschaft nicht auf die Staatsbank zurückzuführen sei. Dasselbe hat er auch dem Rechtsanwalt Bahn bei der ersten Unterredung der Gläubiger mit Barmat gegenüber ausgesprochen. Inzwischen ist nun heute endgültig die Liquidation- und Treuhänder-G.m.b.H. zum Abschluß gelangt, indem die Gebrüder Barmat und ihre Frauen den Vertrag in Gegenwart eines Vertreters des Untersuchungsrichters unterschrieben haben. Bekanntlich haben die Barmats ihr ganzes in- und ausländisches und auch ihr persönliches Vermögen den Gläubigern dadurch zur Verfügung gestellt, und zwar darunter Verbriefte, die noch nicht den Gläubigern als Deckung für die Kredite übertragen waren.

Der Postminister Hoeste, gegen den in der Presse die heftigsten Anschuldigungen erhoben worden sind, ist nicht als Beschuldigter, sondern lediglich als Zeuge bisher vernommen worden. Unter diesen Umständen haben es die Rechtsanwälte Bahn, Schwerfens, Justizrat Davidsohn und Dr. Alex für erforderlich gehalten, einen energischen Haftentlassungsantrag für die Gebrüder Barmat dem Untersuchungsrichter zu unterbreiten. Sie sind auch beim Justizminister vorfellig geworden, mit dem Antrage, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, der Haftentlassung der Gebrüder Barmat nicht weiter zu widersprechen. Die Verteidigung fügt sich

darauf, daß das Verfahren von vornherein sehr merkwürdig gewesen sei, weil die Gebrüder Barmat nicht sofort dem Richter vorgeführt worden seien.“

Eine Niederlage des Nationalen Blocks.

Maginat als Armeeausschussvorsitzender abgesetzt.

Paris, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Geschäftsordnung der Kammer bestimmt, daß die Präsidenten der Kommissionen des Parlaments jedes Jahr neu zu wählen sind. Die Kammer zählt deren 26, jede zu 44 Mitgliedern, die von den einzelnen Fraktionen nach Maßgabe ihrer Stärke delegiert werden. Bei der Präsidentenwahl im Sommer des vergangenen Jahres war dem Kartell der Linken der Vorsitz in allen großen politischen Kommissionen mit Ausnahme der Armeekommission zugestanden. Part war der Kandidat der Linken, Paul Boncour, durch ein Ueberzahlungsmandat der Opposition dem ehemaligen Kriegsminister Maginat, einem der intimsten Mitarbeiter Poincarés, unterlegen. Bei der Neuwahl am Mittwoch ist Maginat glänzend durchgefallen. Er hat nur 19 Stimmen erhalten, während der Kandidat des Kartells, der republikanisch-sozialistische Abgeordnete Ossola, mit 23 Stimmen gewählt worden ist. In den übrigen Kommissionen wurden die bisherigen Vorsitzenden sämtlich wiedergewählt, so daß nunmehr in allen großen Kommissionen die Linke den Vorsitz führt.

Schutzzollbewegung in England.

Ein Weißbuch der Regierung.

London, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Regierung hat dem Unterhaus ein Weißbuch vorgelegt, das sich mit dem Schutze der englischen Industrie gegen „unfairen Wettbewerb“ befaßt. Es handelt sich, offen ausgedrückt, um Schutzzölle unter gewissen Voraussetzungen. Der Zoll soll jedoch erst eingeführt werden, nachdem eine Sachverständigenkommission über das Verlangen der einen oder anderen Industrie nach Zöllen gehört worden ist. Die Bedingungen, unter denen die Regierung einen Wettbewerb als „unfair“ ansehen und sich zu Schutzzöllen bereit erklären würde, sind: 1. Das Handelsministerium muß der Meinung sein, daß die Schutzsuchende Industrie für England von maßgebender Bedeutung ist, nach Umfang und Natur der Erzeugnisse; 2. muß der Beweis erbracht werden, daß der Wettbewerb durch das Ausland aufergewöhnlich ist; 3. die betreffende Industrie muß beweisen, daß die Bedingungen in dem Land, das den Wettbewerb hervorruft, unfair sind; 4. das Gesetz einer Industrie kann zurückgewiesen werden, wenn ihr Betrieb nicht mit größter Leistungsfähigkeit und Sparsamkeit arbeitet oder wenn ein Schutzoll andere Industrien beeinträchtigen sollte; 5. ein besonderer Ausschuss hat darüber zu berichten, ob der Wettbewerb ausländischer Waren unnormal ist, ob sie zu nicht billigeren Preisen an England verkauft werden können, als sie in England mit Nutzen herzustellen sind, oder ob ein solcher Wettbewerb ernstlich den Arbeitsmarkt in England bedroht; 6. Der Wettbewerb wird als unfair betrachtet, wenn der niedrige Preis durch niedrigere Löhne oder längere als die in England übliche Arbeitszeit erzielt ist; 7. Ein Ausschuss wird darüber zu entscheiden haben, daß der in Frage kommende Schutzoll so hoch bemessen sein wird, um unfairen Wettbewerb des Auslandes zu verhindern.“ Die liberalen Blätter nehmen entschieden gegen die Ausführungen des Weißbuches Stellung und wittern in ihm einen Vorläufer zu einer umfassenden Schutzzollpolitik Englands.

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.

Günstige Stimmung des Senatsausschusses.

New York, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Mehrheit des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten steht dem Handelsvertrag mit Deutschland äußerst günstig gegenüber. Der Vorsitzende Borah wurde ermächtigt, den Vertrag durch Ausmerzung der Weißbegünstigungsklausel für das nächste Jahr abzuändern.

Der Rückgang des Faschismus. Bei den Gemeindevahlen in dem bisher vollkommen faschistischen Ort Stradella in der Provinz Pavia siegte die antifaschistische Liste mit 1300 gegen 500 Stimmen.

Steuern, Zölle und Verbrauchssteuern, so ergibt sich folgendes Bild:

Table with columns: April, Mai, Juni, Juli, Aug., Sept., Okt., Nov., Dez., Durchschn. Apr.-Dez. and rows for various taxes like Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, etc.

Der Anteil der Massenbehaftung am Gesamtbetrag aller Steuern betrug also in den Monaten:

Table with columns: April, Mai, Juni, Juli, Aug., Sept., Okt., Nov., Dez., Durchschn. Apr.-Dez. and rows for tax percentages.

In steigendem Maße trugen also Arbeit und Verbrauch höhere, der Besitz geringere Steuerlasten. Durch den Abbau der Besitzsteuer wird dieses Verhältnis in den nächsten Monaten noch ungünstiger werden.

Berufen wir nun noch einen Blick auf die Ausgaben. Auf die einzelnen Ministerien entfallen folgende Beträge:

Table with columns: Fortdauernde Ausgaben, Einmalige Ausgaben and rows for various ministries like Reichspräsident, Reichstag, Reichsministerium, etc.

In diesen Beträgen sind die Steuerüberweisungen an die Länder mit 1837,6 Millionen Reichsmark enthalten. Von den reinen Verwaltungsausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung entfallen auf die persönlichen Bezüge 2068,8 Millionen Reichsmark = 62,51 Proz. und auf die sächlichen und allgemeinen Ausgaben 1240,7 Millionen Reichsmark = 37,49 Proz. Unter den sächlichen Ausgaben befinden sich folgende größere Beträge für soziale Zwecke:

Table with columns: Mill. Reichsmark and rows for social welfare items like Zuschüsse des Reichs zu den Invalidenrenten, Sozialversicherung, etc.

Insgesamt erfordern also die sozialen Aufwendungen des Reichs rund 825 Millionen Reichsmark, das sind etwa 6 Proz. der Ausgaben des ordentlichen Haushalts. Gegenüber dem Staatjahre 1924 sind die Reichszuschüsse zur Invalidenversicherung erhöht um 8 Millionen, die Wochenhilfe um 4 Millionen. Dagegen sind die Aufwendungen des Reichs für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge um 40 Millionen, die der produktiven Erwerbslosenfürsorge um 70 Millionen ver-

mindert worden. Das geschah im Hinblick auf die Vertragspflicht der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, sowie wegen der Einführung der kleinen Kostenspararbeiten. Alles in allem liegt der Etat für 1925 also eine wesentliche Verringerung der sozialen Lasten des Reichs fühlbar vor.

Das Gesamtbild dieses Etats ist demzufolge: in immer steigendem Umfang tragen die großen erwerbstätigen Schichten des Volkes die Lasten. Sie bringen den größten Teil der Steuern auf, trotzdem wird die soziale Fürsorge weiter eingeschränkt. Schon als der Abbau der Sozialpolitik begründet wurde mit der Erhaltung der Währung waren Bedenken dagegen berechtigt. Jetzt ist die Währung stabil. Die Reichszuschüsse sind aktiv und das Reich bei anderen Zwecken und Gruppen in der Bewilligung von Ausgaben sehr entgegenkommend. Reicher und Ruhrindustrielle können das bezeugen. Deshalb ist der Etat in seiner vorliegenden Form geradezu aufreizend. Die Sozialdemokratie wird es an Versuchen nicht fehlen lassen, ihm einen anderen, sozialeren Inhalt zu geben.

Stalins kalte Dusche.

Die Revolution wieder einmal verschoben.

Die Perspektiven-Oberleiter der KPD. sehen sich genötigt, ein wenig klein beizugeben. Die Perspektive auf „kurze Sicht“ hat zu offenkundig versagt. Der Hinauswurf Brandlers, Thalheimers und anderer Unglücksraben hat nicht verhindern können, daß die Kossandra-Stimmen in der KPD. schließlich durch die tatsächliche Entwicklung doch Recht bekommen haben. Die Revolution hat zum soundsowjetischen Male ihr Erscheinen vorläufig ablagern müssen, die Sozialdemokratie lebt immer noch und der arme KPD. bleibt gar nichts anderes übrig, als sich als Konkurrenzunternehmen der Sozialdemokratie anzutun und mit ihr im faulen Reformismus zu weiteiern.

Mit der „linken“ Führung, die die KPD. auf Verlangen der Moskauer Troika sich vor einem Jahre hat geben müssen, stimmt diese Entwicklung freilich gar nicht überein. Auf die Revolution tippte Sinowjew im Oktober 1923 erst, als es zu spät war, und jetzt muß er sehen, wie infolge seines verspäteten Einschweigens die KPD. in Deutschland in ihrer Neigung zum Bolschewismus gänzlich über das Ziel hinausgeschossen ist. Das Ganze halt! Das ist die Parole, die jetzt von Mostau aus gegeben wird. Die „rote Fahne“ sieht sich genötigt, ein Interview Stalins mit Wilhelm Herzog zu veröffentlichen, das nichts anderes als eine gründliche kalte Abreibung für die erhitzen Gemüter in der KPD. darstellt. Stalin konstatiert eine Befestigung der europäischen Lage. Er konstatiert sogar — wie einseitig — schließlich eine gewisse Besserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse. Die Revolution kann natürlich kommen, aber wann, das weiß man nicht! Und ehe sie kommt, muß erst die verdammte Sozialdemokratie vernichtet werden. Damit hat es aber noch gute Weile. Im Interview heißt es:

„Herzog fragte: Sie sagten, daß die KPD. die Mehrheit der Arbeiter hinter sich haben sollte. Diesem Ziel wurde aber bisher äußerst wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Was sollte nach Ihrer Ansicht geschehen, um aus der KPD. eine solche energische Partei mit ständig wachsender Werbekraft zu machen?“

Stalin antwortete darauf: „Manche Genossen meinen, daß die Festigung und Bolschewisierung der Partei gleichbedeutend sei mit dem Heranzuschmelzen aller anders Denkenden aus der Partei. Dies ist natürlich unrichtig. Die Entfaltung der Sozialdemokratie, ihre Herabdrückung auf die Rolle einer nützlichen Rinderherde in der Arbeiterklasse ist lediglich im Prozeß des Alltagskampfes für die konkreten Bedürfnisse der Arbeiterklasse möglich.“

Die Sozialdemokratie soll nicht auf Grund planetarischer (weltlegender) Fragen, sondern auf Grund des Alltagskampfes der Arbeiterklasse für die Besserung ihrer materiellen und politischen Lage geschlagen werden.

mobil Lohn, Arbeitszeit, Wohnungsfragen, Versicherungsfragen, die Fragen der Steuer, der Arbeitslosen, der Leuerung und dergleichen mehr Fragen die erstens, wenn nicht entscheidende Rolle spielen müssen. Die Sozialdemokratie auf dem Boden dieser Fragen täglich zu schlagen, ihren Verrat zu entlarven: hierin besteht die Aufgabe.“

Selbsterständlich fehlt bei Stalin der nötige Hinweis auf die spätere Revolution und die spätere Nachtergreifung, will sagen, auf die „planetarische“ Perspektive auch nicht. Aber er hält es doch für notwendig, seinen deutschen Jüngern eindringlich zu empfehlen, daß die Parole der Partei nicht auf Grund „eingelernter Formeln und geschichtlicher Analogien“ ausgearbeitet werden dürfe. Die Schwierigkeit, in die die KPD. sich mit ihrem, auch vom kommunistischen Standpunkt aus kurzfristigen und überhitzten Vorstoß hineinmandoriert hat, zwingt Stalin zu geradezu klassischen Drehscheibenformulierungen:

„Es ist unbedingt erforderlich, daß die Partei es versteht, die größte Prinzipienfestigkeit (was nicht mit Sekundierertum verwechselt werden darf) mit einem Maximum an Verbundenheit und Kontakt mit den Massen (was nicht mit „Chwoffismus“, d. h. mit einer Schlepptaupolitik verwechselt werden kann) zu verbinden, da ohne Erfüllung dieser Pflicht es für die Partei unmöglich ist, nicht nur die Arbeitermassen zu lehren, sondern auch von der Arbeitermasse zu lernen, nicht nur die Massen zu führen, und sie auf das Niveau der Partei zu heben, sondern auch die Stimme der Masse zu hören und ihre dringendsten Bedürfnisse zu erkennen.“

Benigstens ist unser Sprachschatz um ein neues schönes Wort bereichert: Wenschewismus, Bolschewismus, Disowismus und jetzt noch Chwoffismus. Die deutschen Arbeiter werden auch diese neue Abweichung von der allein selig machenden Lenin-Sinowjew-Stalin-Richtung sicher mit großem Eifer studieren, bis die neueste Schwendung von Mostau befohlen wird. Inzwischen gibt es noch eine kleine moralische Ermahnung:

„Unbedingt muß die Partei es verstehen, in die grundlegende Führergruppe der Partei die besten Elemente der Avantgarde zu wählen, die eine genügende Hingabe besitzen, um zu wahrhaftigen Vertretern der Bestrebungen des revolutionären Proletariats zu werden und genügend erfahren sind, um wahrhaftige Führer der proletarischen Revolution zu sein, die fähig sind, die Taktik und die Strategie des Bolschewismus anzuwenden.“

Dabei dachte Stalin sicher an die schöne Reichstagsfraktion und an die ebenso schöne Landtagsfraktion. Man kann nur jedem deutschen Arbeiter empfehlen, sich die besten Elemente der Avantgarde möglichst aus der Nähe anzusehen. Wahrscheinlich werden die meisten dann doch luriert sein.

Inzwischen aber kann die Sozialdemokratie mit großer Gemütsruhe abwarten, wie die KPD. auf Grund dieser neuen Anweisung Stalins den Konkurrenzkampf im Reformismus mit der Sozialdemokratie aufnimmt. Die KPD. als Arbeiterpartei wird sinnlos, wenn die Revolution verschwindet. Als Konkurrent mit der Sozialdemokratie wird sie zweifellos nicht existieren können. Wenn sie es schon aus sachlichen Gründen nicht kann, dann wird die „beste Avantgarde“ an der Spitze der KPD. ihr sicher den Rest geben.

Eine verdiente Niederlage.

Anerkennung der Hamburger Schulpolitik.

Hamburg, 3. Februar. (Eigener Drochbericht.) In der Hamburger Bürgerchaft ist nach zweitägiger ausgedehnter Debatte der seit Monaten währende Restrukturierung der neuzugewählten Reichsparteien gegen die fortschrittliche Hamburger Schulpolitik zurückgeschlagen worden. Mit allen Mitteln war gegen die Grundschule und den achtjährigen Schulpflicht der höheren Schulgearbeitet worden. Jetzt hat die Rechte eine entscheidende Niederlage erlitten, denn mit großer Mehrheit haben die Bürgerchaft am Mittwoch nach einer demokratischen Entzweiung an der Anerkennung der bisherigen Hamburger Schulpolitik abgestimmt.

Warum müssen wir einen Kaiser haben?

Von Walther Braun.

„Ich sag' es grad' heraus: Wir brauchen einen Kaiser, weil wir — doch wein, ich will niemand beleidigen — weil sie (Mehrzahl von man, die unbestimmte Menge) alle in die Irre gehen wie Schafe, die keinen Hirten haben. Hilflos und verlassen fühlen sie sich, und ihr traurig-erregtes Blüten nach dem verlorenen Hirten klingt jämmerlich in die barockherzige Menschheit. Die Sehnsucht nach dem verlorenen Paradies mischt sich herzzerrissend in ihren Schreien.“

Die Sehnsucht nach ihrem Paradies, in dem sie nicht zu denken brauchen und wo es ihnen gut geht, solange sie kein brau beim großen Haufen bleiben und ruhig und friedlich die Wiesen abgrasen, in die der gute Hirte sie führt. Und sie würden doch so brau sein und so gestillt! Wie Schäflein sind!

Mein vielleicht jemand, der Leser des „Lokal-Anzeigers“ sei brandend interessiert an den Fragen der inneren und äußeren Politik, etwa mit der sprichwörtlichen deutschen Gründlichkeit daran interessiert? Es ist ihm würdlich und schaupe, im Grundel „A will mei Ruh ha'm!“ und das ist die frechste Tat der Koboldverbrecher, daß sie kommen und von einem verlangen, man soll über seine eigenen Angelegenheiten nachdenken. Es bringt einen aus dem Häuschen.

Und das ist noch nicht einmal das schlimmste. Nicht genug damit, daß sie von einem verlangen, man soll sich durchaus interessieren für Dinge, die einem nun mal „jong eja!“ sind, sie bestigen auch noch die Gemeinheit, einem alle Dinge zu nehmen, für die man sich früher so lebhaft interessieren konnte. Wo man dabei war mit Leib und Seele!

Die Halunken! Wo sind denn in dieser Judenrepublik die Paraden auf dem Tempelhofer Feld geblieben und der schöne Paukenschlag und das „klingende Spiel“ der aufstehenden Wache mit den schneidigen Kommandos. Busch, alles dahin! An nichts kann sich mehr die Seele begeistern. Die Seele des heldischen deutschen Mannes!

Wo sind die Berichte über die Hoffschätzellen, die Tollethen der Prinzessinnen, die welterschütternden Ereignisse in den „höchsten Kreisen“, an denen sich Vordische und schwarzweihrote Ratrounen in solcher glühender Weise begeisterten? Alles dahin! Kümmerlicher Erfolg wird einem vom Weißblatt zugemutet. Und wir sind doch allmählich raus aus der Eschepackel!

Nichts ist mehr da, für das der Mensch sich wirklich interessieren ann. Keine höhere Tochter kann mehr mit liegendem Atem zu Hause erzählen: „Ich habe die Prinzessin — (wen oder was?) — gesehen.“ Ein Jammer ist es! Geilrige Dede herrscht in dem Deutschland der „glorreichen Revolution“!

Entlegliche Dede! Nicht mal mehr ein Latituta, das einem anständig, daß man ans Fenster springen muß, weil es draußen was zu sehen gibt.

Einen Kaiser müssen wir wieder haben! Dann wird alles mie-

der besser! Kann man sich vielleicht nach einem Saitergerellen richten!

„Mit Entrüstung wendet der edelste Teil des Volkes sich ab von den Errungenschaften der „glorreichen“ Revolution und erwartet von den gewählten Vertretern, daß sie den heutigen unjagbar elenden und geistlosen Zuständen unerbittlich ein Ende bereiten.“

Erst wenn wir wieder einen Kaiser haben — „Latituta“ ... Fenster öffnen sich — schwarzweihrote Fahnen flattern hoch im Wind — Ehrenjungfrauen überreichen Blumensträuße — Kaiserinnen (ach, nicht mehr! i e!) lächeln hüdnostig gnädig — Heidenjünglinge schreien mannhaft hurra — und

Schäflein grasen wieder auf blumiger Weide. In ihrer Seele — Frieden. Sie gehen nicht mehr in die Irre. Da sie ja einen Hirten haben.

Sardou und Orska. Die Einführung der geschlechtlichen Ehecheidung war für das französische Ehebruchsdrama epochenmachend. Man konnte jetzt dem sattem abgehandelten Thema neue Wendungen geben. Und so hat Sardou, der geschickteste und aktuellste Bühnenlieferant für den Tagesgebrauch, 1880 den Liebhaber entwirrt und den Chemann als den besseren Teil glorifiziert. Das „Komödie n-haus“ glaubte an dieses Ereignis erinnern zu müssen, und so brachte es die „Cyprienne“ oder „Wir lassen uns scheiden“, offenbar weil es in der für Berlin neugewonnenen Frau Orska eine Cyprienne besonderer Art zu haben glaubte. Sicherlich hat Frau Orska, die die letzten Jahre auf Gastspiel reiste, manach Sardou beherrscht. Sie besteht, wie ihr Meister, aus raffinierten Einzelheiten, Jugendspielereien, plötzlichen Wendungen, wenn sie auch keine Solandams im Sinne Sardous ist. Dazu ist sie zu selbstm-erzölich (auch in der Sprache, die immer noch störrische Anklänge hat), zu egoistisch, zu kopelnd. Für gewisse Frauentypen Belebends und Strindbergs hatte die Orska gute Wagnissen, und ihre wandmal penetrante Art war hier ein Haut-gout. Aber Berlin R. wird sich schon daran gewöhnen, die Orska ebenso interessant bei Sardou zu empfinden, wie es Sardou interessant bei der Orska empfand. Ihre übergracie Schlantheit, die Zerbrochtheit der Fimper, das Raffinement der Kleider, ein wehes Bächeln, ein manchmal gesprungener Ton — alles das god der Sardouischen Gestalt einen besonderen Reiz. R. A. Roberts bellehäte sich als Chemann, der das Spiel gegen die Liebhaber gewinnt, größter Zurückhaltung. Aber als Rogisseur sollte er das Chambré separate anders garnieren. Den Troitall von Liebhaber stattete Hans Albers mit den gewöhnlichen und immer wieder einschlagenden Späßen aus. Wie denn überhaupt alles gefiel bei dieser Komität: Sardou ist offenbar für viele Theaterbesucher noch ein Erlebnis.

Ein Nationalpark am Kongo. Die Brüsseler Regierung hat ein Gesetz erlassen, durch das ein Nationalpark im belgischen Kongo geschaffen wird. Dieses Naturdenkmal, das den Namen „Albert Nationalpark“ führen wird, liegt im nordöstlichen Gebiet der Kongoflora zwischen dem Kivu-See und Uganda. In diesem weiten Gebiet wird nicht nur die gelamte Tierwelt, unter der sich Gorillas befinden, sondern auch die Pflanzenwelt gegen jede Vernichtung geschützt.

Das Irlanon-Theater führt ein Ehebruchsdrama „Einmal ist keinmal“ auf. Deutsches Erzeugnis eines Herrn Fritz Mac, Belgischer Redakteur. Es hat die Besonderheit, ein verschämtes, fast könnte man sagen, züchtiges Ehebruchsdrama zu sein. Es handelt von dem Ehebruch eines Psychologie-Professors, eines Reserwilers, der zu seinem psychologischen Scherfbild mehr Vertrauen hat als zu offenkundigen Tatsachen und daher dem einseitigen Behauptung seiner Frau nicht glaubt. Die Komödie ist eine stellenweise unverschämte Belanglosigkeit. Es bestand nicht die zwingende Notwendigkeit, sie zu schreiben und schon gar nicht, sie aufzuführen. Drei Personen stehen im ganzen auf der Bühne. Falkenstein, wie immer, eine prächtige Typen: verdorbenes Pedant mit Oberlehrerallüren, Kaiser. Zih, unverschämter Herzensneider, Hansi Krustadt, die verführerische und verführte Gattin. In ihrer nobelspigen Art, den Mann mit wohlgestalteten Stichen zu reizen und mit messerscharfer Stimme zu quälen, hatte sie etwas Strindbergisch-Undheimliches. Dgr.

Insel-Sanatorium für Keuchhustenkinder. In Breußen sterben jährlich 4000 bis 5000 Kinder an Keuchhusten; in schlimmen Jahren, z. B. 1912, sogar 9000! Säuglinge, die von Keuchhusten befallen werden, sterben in der Mehrzahl, und zwar an diesem selben selbsttötlichen Keuchhusten meistens an Nachkrankheiten. Der Keuchhusten ist insbesondere ein Begleiter für Erkrankungen an Tuberkulose, und daher ist die Frage berechtigt, ob nicht tuberkulosenverbeugend auch schon gegen alle Keuchhustenfälle eine energischer vorgegangen werden sollte, als bisher. Diese Frage ließe sich nach einem Vorschlage, den Kreisarzt Dr. Kramer-Wilhelmshaven im Kreislichen Beiratsblatt näher begründet, am besten durch Insel-Sanatorien für Keuchhustenkinder lösen. Die reine, salzhaltige Luft der Nordseeinsel löst die trampfartigen Hustenanfälle schon nach 24 bis 36 Stunden, den begleitenden Keuchhusten in einigen Wochen sicher verschwinden. Die Sanatorien müßten fern vom Inseldorf im Winter in den Dünenlänern, im Sommer auf den Dünenkammern, mit der offenen Seite nach dem Meere zu, aufgestellt werden.

Die Jahrhundertfeier der Eisenbahn wird in England auf mannigfache Weise gefeiert. Die Eisenbahnverwaltung hat eine große Parade über die Entwicklung des Eisenbahnwesens geben lassen. Die Londoner und die Nordost-Eisenbahngesellschaft planen ebenfalls, am 2. Juli auf der Straße von Euston nach Brixington Lokomotiven aller Art, von den ältesten bis zu den modernsten Typen, fahren zu lassen.

Ein Museum zum Aukam Edisons. Die Elektroindustrie von New York haben beschlossen, zum Gedenken der dunkelsten Anerkennung des von Edison im Interesse des Fortschritts der Zivilisation geleisteten Services zu seinem Ruhm einen Volksträger von 30 Stockwerken zu erbauen. Edison soll eingeladen werden, den Grundstein zu dem Gebäude zu legen, das im Mittelpunkt von New York seinen Platz finden soll. Am Eingang wird eine neue Peter hohe Bronzestatue des Erfinders errichtet werden. Außer Turron- und Gedächtnisreden wird in dem Gebäude ein unvollständiges Geistesgütermuseum unterkunft finden.

Die Wirtschaftsverhältnisse in Konstantinopel geschlossen. Infolge der feindlichen Haltung der Studentenchaft der türkischen Universität gegenüber der türkischen Republik beschloß die türkische Regierung, die Universität zu schließen. Die Regierung hat einen Betrag von 2 000 000 türkische Lire zur Verfügung gestellt, um türkische Studenten als Stipendiaten ins Ausland, besonders nach Deutschland zu senden.

Der Danziger Postkonflikt. Entscheidung des Oberkommissars.

Danzig, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In dem Danziger Postkonflikt hat die freie Stadt Danzig bei dem hohen Kommissar des Völkerbundes entsprechend den Bestimmungen der Verträge um Entscheidung ersucht, daß der Anfang Januar d. J. eingerichtete polnische Postdienst sich lediglich innerhalb des der polnischen Regierung für diese Zwecke zugewiesenen Gebäudes abwickeln dürfe und daß außerhalb dieses Grundstückes postalische Funktionen, insbesondere durch Briefträger und Briefkästen unzulässig seien. Auf diesen Antrag hat nunmehr der Oberkommissar am Mittwochabend eine Entscheidung herausgegeben, die den von Danzig vertretenen rechtlichen Grundlagen entspricht. Der Oberkommissar sagt in seiner Entscheidung, daß der Post-, Telegraphen- und Telephonendienst, zu dessen Einrichtung die polnische Regierung auf Grund des Vertrages von Paris berechtigt ist, nur ein Postamt am Hafen in Danzig bedeutet und der durch diesen Postdienst von den Gebieten der freien Stadt nach Polen und umgekehrt betriebene Verkehr darf nur von dem Hafenspostamt nach Polen führen. Außer diesem Postdienst dürfen keine postalischen und telegraphischen Sendungen oder Mitteilungen oder sonstige Postfachen auf diesem Wege angenommen oder ausgegeben werden. Der Gebrauch von Briefkästen außerhalb der Grenze des jetzt als Hafenspostamt eingerichteten Gebäudes und ein Bestelldienst durch Briefträger in irgendeinem Teile der freien Stadt ist unzulässig. Das Hafenspostamt ist nur dazu bestimmt, mit den durchgehenden Postsendungen aus Polen über den Hafen von Danzig nach Ueberseeländern und umgekehrt sich zu befassen und den im Danziger Gebiet rechtmäßig errichteten polnischen Behörden zu ermöglichen, auf diesem Postamt und keiner anderen Stelle Postsendungen zusammenzustellen und sie von dort unmittelbar nach Polen oder dem Umstände zu befördern.

Mit diesem Spruch des Völkerbundskommissars ist nunmehr in erster Instanz die Entscheidung über den Danziger Postkonflikt gefällt. Falls gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt werden sollte, was Polen in einem für sich ungünstigen Falle bereits angekündigt hat, so steht die Entscheidung in letzter Instanz dem Rat des Völkerbundes zu, der Anfang März in Genf zusammentritt. Auch dieser wird keine andere Entscheidung treffen können, als die ungerechtfertigten Ansprüche Polens zurückzuweisen.

Die polnische Regierung legt Protest ein.

Die polnische Telegraphenagentur versteht, wie aus Warschau gemeldet wird, die Entscheidung des Völkerbundskommissars mit einem amtlichen Kommentar, in dem es zum Schluß heißt:

Diese Entscheidung stützt der Kommissar auf die Auslegung früherer Schiedsprüche, die sich nicht auf polnische Einrichtungen im Danziger Hafen beziehen. Er läßt aber hier außer acht den Vertrag von Versailles, die verpflichtenden Abkommen zwischen beiden Parteien und die Protokolle zum Warschauer Abkommen, die mit abweichenden Erklärungen der beiden Parteien versehen sind. Die obige Entscheidung des Kommissars hat keinerlei exekutive Kraft. Polen legt beim Völkerbund Protest ein, der die endgültige Entscheidung fällen wird.

Die Affäre der Wohnstätten G. m. b. H.

Die Ziegelsteine des Herrn Schiele.

Die Rechtspreffe hält sich über die Vorgänge bei der Wohnstätten-G. m. b. H. und über die Verleumdung beträchtlicher Kredite an die Trianon-Baugesellschaft in verständliches Schweigen. Das darf uns nicht abhalten, einige Fragen aufzuwerfen, deren Beantwortung doch vielleicht von Interesse ist. Geschäftsführer der Wohnstätten-G. m. b. H. ist bekanntlich der Schwiegervater des Herrn Reichsfinanzministers Schiele. Kürzlich wurde bei der Kaufmanns-Held u. Franke & Co. eine polizeiliche Hausdurchsuchung und Kontrollen der Registratur und Korrespondenz vorgenommen. Ist es richtig, daß der jetzige Innenminister Schiele dieser Firma Steine aus seinen Ziegelfabriken geliefert hat? Ist es richtig, daß die Lieferpreise erheblich über dem jeweiligen Tagespreis gelegen haben? Ist es richtig, daß von der Firma Held u. Franke die Wohnstätten-G. m. b. H. ihre Steine bezogen hat? Bestand zwischen dem Schwiegervater des Herrn Schiele als Geschäftsführer der Wohnstätten-G. m. b. H. und dem Lieferanten Schiele außer der verwandtschaftlichen Beziehung auch eine geschäftliche Beziehung? Wir wären sehr dankbar, wenn wir darüber eine Auskunft erhalten könnten.

Die Verleumdungsflut steigt.

Erfundene Liebesgabenpakete und Dankschreiben.

Die „Berliner Börsenzeitung“ — trotz ihres Namens ein deutsch-national-antisemitisches Blatt — bringt heute in großer Aufmachung Mitteilungen eines angeblich durchaus vertrauenswürdigen Gewährsmannes, der Wesen und Zusammenhänge der „Amerikana“ an Ort und Stelle kennengelernt haben soll. Darin wird auch behauptet, daß der Reichspräsident in den Jahren 1921 und 1922 Liebesgabenpakete von Barmat erhalten habe, für die sich Frau Ober in schöner Form brieflich bedankt habe. Dazu wird im Auftrage des Reichspräsidenten von zuständiger Stelle öffentlich erklärt, daß diese Behauptung vollkommen unwahr ist. Weiter hat der Reichspräsident oder seine Frau Liebesgabenpakete von Barmat erhalten, noch hat der Reichspräsident nach jenem Empfang holländischer Gewerkschafter, bei denen sich auch Herr Barmat befand, im Jahre 1919, irgend etwas mit Barmat zu tun gehabt. Selbstverständlich hat auch Frau Ober nicht Dankschreiben für nicht erhaltene Liebesgabenpakete geschrieben oder abgefordert.

Es wird von der gleichen zuständigen Stelle auch erklärt, daß man unwürdig alle diese Behauptungen widerlegen könne, zumal die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, wobei die einzelnen vernommenen Personen unter ihrem vollen Namen für ihre Aussagen einstehen, alle notwendige Klärung schaffen.

Pfälzer Wälder und die Sa. Himmelsbach.

Politischer Verleumdungsprozess gegen den „Salzmarkt“.

Die B. S. Korrespondenz schreibt: Ein Prozess, der durch seine wirtschaftliche und politische Bedeutung weit über den Rahmen einer Verleumdungssage hinausgeht, begann heute vormittag im Großen Schwurgerichtssaal in Koblenz. Unter der Anklage, den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Gebrüder Himmelsbach & Co., eine der größten europäischen Holzhandlungen, fortgesetzt beizubehalten und vertrieben zu haben, hatte sich der Herausgeber der Zeitschrift „Der Salzmarkt“, Otto Fernbach (Berlin), zu verantworten. In einer Serie von mehr als 70 Artikeln hatte Fernbach die Firma Himmelsbach beschuldigt, die deutschen Wälder in der Pfalz mit Einverständnis der Franzosen veräußert zu haben, so daß der angerichtete Schaden nach Ansicht von Sachverständigen sich in hundert Jahren nicht wieder gutmachen lasse. In der heutigen Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Parzing stattfand, war der Beklagte durch die Rechtsanwältin Vogt und Franz, der Kläger Himmelsbach durch die Rechtsanwältin Dr. Koberg und Dr. Besche vertreten. Die Bayerische Staatsregierung hatte bei dem großen Interesse, das dieser Prozess gerade für Bayern besitzt, Ministerialrat Dr. Ringemann entsandt. Zu Beginn der Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß das Reichsfinanzministerium dem Gericht

mitgeteilt habe, es könne den als Zeugen benannten Regierungsrat Niemeß nicht zu der Verhandlung beurlauben, da dieser mit dringenden Anträgen überhäuft sei, und das Wiederaufbauministerium habe dem Regierungsrat Müller, der gleichfalls als Zeuge benannt war, die Genehmigung zur Aussage über die zur Verhandlung stehenden Dinge verweigert.

Der Angeklagte Fernbach entwickelte zunächst die Lage, die sich vor und während der Ruhrbewegung und während des passiven Widerstandes im Westen des Reiches ergeben hatte. Er streifte dabei auch die politische Seite, namentlich die separatistischen Bestrebungen und erklärte, daß der Kläger Himmelsbach zu denjenigen Leuten gehört habe, die der Ansicht waren, daß ein Verbleiben der Rheinlande bei Deutschland nicht allzu wahrscheinlich sei, während der Sozialis des Herrn Himmelsbach, der Inhaber der größten Holzhandlung der Pfalz, Herr Schenk, sich sehr intensiv für die Errichtung des autonomen Rheinlandes eingesetzt habe. Unter diesen Gesichtspunkten müsse man die Verträge ansehen, die von den Firmen Himmelsbach und Schenk ohne Wissen und ohne Genehmigung der Reichsregierung geschlossen worden seien, um die von den Franzosen vollkommen widerrechtlich vorgenommenen sogenannten „Zusatzholzschnitte“ zu ermöglichen. Die französische Forstkommission in Koblenz habe nämlich erkannt, daß den Kriegsbeschädigten in Frankreich es nichts nütze, wenn sie aus Deutschland ungeschältes Stammholz erhielten, mit dem sie ihre Häuser nicht wieder aufbauen könnten. Dieses deutsche Holz habe nutzlos in Frankreich herumgelegen, da man keine Möglichkeit besah, es zu zerschneiden und es sei in gemäßigten Mengen einfach verkauft. Infolgedessen beschloß die französische Forstkommission, von deutschen Firmen fertige geschnittenen Bauholz zu verlangen. Diese Lieferungen von deutschen Firmen wurden nicht etwa bar bezahlt, sondern die französische Forstkommission wies dafür deutschen Holzfirmen in vollkommen unrechtmäßiger und unzulässiger Weise deutsche Waldgebiete zur Ausschlagung an, da die Franzosen sich um die berechtigten Ansprüche der deutschen Behörden, namentlich der Forstbehörden, nicht im geringsten kümmerten. Diese eben geschiederten Holzschläge wurden als Zusatzholzschnitte bezeichnet, die ebenfalls gegen jedes Recht und gegen alle Abmachungen des Versailler Vertrages von den Franzosen über die ihnen rechtmäßig zustehenden Holzschläge hinaus vorgenommen wurden.

Die französische Forstkommission schloß mit den Firmen Himmelsbach und Schenk mehrere Verträge ab. Da einige deutsche Holzfirmen doch von den Geheimverträgen Wind bekommen hatten, mußten die Herren Schenk und Himmelsbach auch andere in das sehr lukrative Geschäft mit hineinnehmen. Im ganzen meldeten sich elf deutsche Firmen zur Uebernahme der Coupeschnitte, die in zwei Gruppen aufgestellt wurden. Die Schenk-Gruppe umfaßte fünf Firmen, die Himmelsbach-Gruppe sechs Firmen. Die Franzosen gaben die Ausbeutung der Waldbestände in der Pfalz der Schenk-Gruppe, während der Himmelsbach-Konzern Rheinpreußen und Rheinprovinz auszunutzen sollte. Die näheren Bedingungen wurden in einem Geheimvertrag festgelegt, der in Koblenz geschlossen wurde. Eines Tages später ließ der Inhaber der Firma Himmelsbach mit der Internationales Rheinlandkommission in Koblenz jedoch noch zwei andere Verträge ab, von denen jedoch weder Herr Schenk, noch die anderen deutschen Firmen Kenntnis erhielten und in welchen ihm von den Franzosen auch der Waldschlag in der Pfalz zugesichert wurde. Als diese Verträge mit den Franzosen durch deutsche Firmen gekündigt wurden, nahm das Dames-Gutachten bereits greifbare Formen an und Herr Himmelsbach, der polnische Verleumdungen bis zum Reichsanwalt

besaß und sie auch ausnutzte, war ganz genau darüber unterrichtet, daß mit dem Inkrafttreten des Dames-Plans die Verträge mit den Franzosen hinfällig werden mußten. Infolgedessen habe die Firma Himmelsbach bei der Ausnutzung der deutschen Waldungen in der Pfalz eine Eile an den Tag gelegt, wie man sie niemals vorher in der Forstwirtschaft gesehen habe. Ueber 2000 Holzarbeiter und ein ungeheurer Fuhrpark sei in die Pfalz gemorren worden, wo ein Waldschlag begann, der einen großen Teil der besten Bestände vernichtete. Die Firma Himmelsbach habe in acht Wochen etwa 80000 Festmeter Holz in den Forsten der Pfalz geschlagen, während die zehn anderen deutschen Firmen zusammen genommen nicht einmal die Hälfte davon heruntergeschlagen hätten. Einige Firmen hätten überhaupt keinen Holzschlag vorgenommen, weil sie die mit den Franzosen geschlossenen Verträge lediglich zum Schutz des deutschen Waldes auszunutzen.

Das Gegenüber.

Eine größere literarische Arbeit führt mich des Oesteren zur Staatsbibliothek; aus der Straßenbahn in der Charlottenstraße aussteigend, habe ich wenige Schritte bis zu „Unter den Linden“. Geradeum Zeit dachte ein Bauzaun die rechte Front der bekanntlich dort schmaler werdenden Charlottenstraße; er ist gefallen und die paar Rüststangen auf der Seite „Unter den Linden“, die noch stehen zu sehen waren, werden heute auch schon fast sein. Der sechsstöckige Sandsteinpalast der Bank ist vollendet. Vom Keller bis oben in schwindender Höhe: — die Galerie am fünften Stock ist doch wohl nur für Schwindelfreie — wird gearbeitet, und zwar im Keller auch am Tage bei Lampenlicht. In meiner geschäftlichen und architektonischen Unschuld dachte ich immer: dieser Kellerraum ist ein Provisorium, aber es scheint nicht so, denn das Lampenlicht läßt immer noch fleißige Angestellte bei der Arbeit sehen. Wer von Jugend auf an frische Luft gewöhnt ist, mag solche Arbeit Tag um Tag aus bei künstlicher Beleuchtung als etwas Widerwärtiges empfinden. Doch dies war nebenbei. — Das Kopplein Arbeitsräume in Berlin bietet reiche Gelegenheit zu Betrachtungen: oft genug heißt es: außen hat, innen psst!

Aber etwas anderes ist die Betrachtung dieses Bankpalastes (Sandstein aus Schlesien) aus. Man kann Staatsbibliothek und Bankhaus als Gegenüber (etwas schräg zwar) ansehen, und wenn man nun die beiderseitigen Rassen betrachtet, so hat man das Gefühl: die Baukörper sind ungefähr gleich. Es wird — um pedantische Seelen von vornherein zu beruhigen — nicht stimmen: die Bibliothek wird größer sein; aber wie gesagt, das Gefühl der Gleichheit ist da. Und dann denkt man weiter: circa 2 Millionen Bücher, die Geisteskräfte einer vielhundertjährigen Entwicklung nicht nur des eigenen Landes, sondern aller Kulturländer, aufgespeichert — und dort: vielleicht 2 Millionen „Konten“? Was muß das für ein segensreicher Betrieb sein, der — sagen wir mal, von der Wiederaufrichtung des Reiches an (denn vorher waren wir ein armes Volk) so viel Geld und Geldbesitz in sich verkörpert, um einen solchen Platz und einen solchen sachlichen Hochbau erforderlich zu machen, wobei noch die dunkeln Kellerräume zur Bewältigung der Arbeit in Anbetracht genommen werden müssen. Wie schnell muß sich das Geld vermehrt haben und noch vermehren, und wie langsam geht es mit den geistigen Schätzen! So werden die zwei Bauten zu Symbolen unserer heutigen Kultur, unserer Wirtschaftsentwicklung, unseres Lebens überhaupt. Weiter fällt einem ein, daß diese Bank so nicht allein dasteht, daß Duzende Paläste sich in der Nachbarhaft erheben, daß sie durch ihre Filialen ihre Fingergarme bis in die reichen und armen Dörfernstrecken strecken, damit nur ja kein Mensch ohne Bankkonto herumläuft. Ach, es laufen doch noch so viele ohne solch nützliches Ding umher, und vielleicht ist die Zahl derer eben so groß, die noch nie mit einem Buch sich so beschäftigt haben, daß sie geistigen Gewinn daraus gezogen haben. Fast auf den Tag sind es 1000 Jahre, daß deutsche Kultur sich in dem Bande zwischen Elbe und Oder festsetzte: und das Ergebnis? Das Banknotenbuch hat das geistige Buch in die Ecke gedrückt, und zahllose glückliche und — unglückliche

Spekulanten liefern die Basis, auf der sich Paläste erheben, deren gemaltene Umfassung der einfache Menschenverstand nicht begreifen kann.

Paläste, in denen vom Keller bis zum letzten Geschoss gearbeitet wird — im Keller am Tage bei künstlichem Licht.

Der nationalistische Vereinsgründer. Der Jugendhändler als „Jugendpfleger“.

Vor kurzem berichteten wir über die Machinationen eines jungen Burschen, Erich Sohan, der nicht weniger denn 140 „Jugendvereine“ ins Leben gerufen hatte. In der Hauptstadt handelt es sich hierbei um Schülervereine. Das Kopplein Sohan ist recht umfangreich. Obgleich seine Sünden bereits bei verschiedenen Behörden in vielen Aktenbüchern zusammengefaßt wären, obgleich an Schulen und Vereinen vielfache Warnungen ergangen waren, gelang es dem betrüblichen Herrn immer wieder unter Lehren und insbesondere Schülern willige Anhänger zu finden. Die Lehrer wurden meist schnell aufgeklärt. Bei den Schülern gelang das nicht so schnell. Einzelne Jugendämter haben von vornherein jede Mitarbeit dieses Herrn abgelehnt. Das fürte ihn wenig. Er suchte auf andere Art Verbindungen mit den Schulen solcher Bezirke. Als ihm die Sache zu brenzlig wurde, schenkte er nicht davor zurück, unter anderem Namen aufzutreten, um für seine Vereinsgründungen Propaganda zu machen. Für den Charakter dieses seltsamen Gründers ist es bezeichnend, daß er öffentlich frei gestand, daß er zu der Arbeit derjenigen Jugendämter, deren Dezernat zufällig von Sozialisten verwaltet wurde, kein Vertrauen habe. Das hinderte ihn allerdings nicht, wenigstens den Versuch zu unternehmen, auch hier Helfer für seine dunklen Geschäfte zu finden. Die Hauptgründung Sohans stellte sich in dem sogenannten „Volkshund für Selbstübungen e. V.“ dar. Von dieser Organisation gingen mancherlei Veranstaltungen aus, die fast immer in einem Gesellschaftsabend oder Ball endeten. Das Milieu war hier bewußt dem Leben sogenannter „höherer“ Kreise nachgeahmt. Der Inhalt literarischer und künstlerischer Veranstaltungen war auf das nationalpolitische Niveau eingestuft und nahm bei Ansprachen ufm. oft rein antirepublikanischen Charakter an. Bei den Formen heultiger Erziehung, besonders in höheren Schulen, mag es hiernach verständlich erscheinen, daß ein derartiger nationalistischer Kummel manche Schulkreise anzulocken vermochte. Es wurde jetzt die höchste Zeit, daß einem solchen „Jugendpfleger“ gründlich das Handwerk gelegt wurde.

Zunehmend ist es bezeichnend für die Intelligenz antirepublikanischer Kreise, daß sie auf jeden Schwindler hereinfallen, wenn er es nur versteht, jedes etwa auftauchende Mißtrauen durch „nationalistische“ Redensarten zu beseitigen.

Ein rätselhafter Todesfall.

Die Kriminalpolizei bemüht sich, einen rätselhaften Todesfall aufzuklären. Der Braumeister Reiche von Grünen Weg 8 hatte am 27. Januar mit seinem Arbeitsgebot, der in Charlottenburg eine Brauerei einrichtet, in einem Lokal in der Wallstr. 6 zu Charlottenburg um 6 Uhr abends eine Bierschneide. Beide waren ganz nüchtern, tranken jeder nur ein Glas Bier und hielten sich nur von 6 bis 6 1/2 Uhr auf. Der Arbeitgeber ging dann in der Richtung nach der Berliner Straße zu nach Hause, Reiche folgte die Richtung nach der Bismarckstraße ein. Erst abends gegen 10 1/2 Uhr kam er mit einer Beule am Kopf nach Hause und legte sich gleich zu Bett, ohne mitzuteilen, wie er zu der Verletzung gekommen war. Am nächsten Tage führte er mirre Reden. Man brachte ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Hier bekam er während der Untersuchung durch den Arzt einen Todschuß anfall. Der Arzt ließ ihn deshalb nach der Irrenanstalt Herzberge bringen. Dort starb der Mann schon am nächsten Tage. Auf Anseignen der Angehörigen, die einen Ueberfall vermuten, wurde die Leiche beschlagnahmt. Ein Gerichtsarzt stellt jetzt fest, daß ihm an der Stelle, wo sich die unblutige Beule befand, der Schädel zertrümmert worden war. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß Reiche am Tag der Begegnung des Schießens Lössen gewesen sein muß. Mitteilungen zur Klärung nimmt Kriminalkommissar Rebe vom Postamt Mitte entgegen.

„Fachwissenschaftler“.

Man schreibt uns: Genosse Sandberger hat kürzlich sich im „Vorwärts“ mit dem abgeordneten Conrad Br. aus Reutlingen, der auch eine kurze Gastrolle in der Sozialdemokratischen Partei gespielt hatte, kritisch befaßt. In der von diesem Herrn herausgegebenen Zeitschrift „Einigungsamt“, Nr. 12, befindet sich eine Kritik, in der er neben dem Bezirksamt im allgemeinen die Genossen Dr. Silberstein und Dr. Löwenstein beschimpft. Diese Schimpfereien spricht für sich selbst. Man braucht sich deshalb mit dem neuesten Schimpfprodukt des Herrn im „Einigungsamt“ nicht zu beschäftigen, wenn nicht dieses Blatt, hergestellt in der Stadtdruckerei Reutlingen, als ein angeblich fachwissenschaftliches, von Berlin und auswärtigen Wohnungsbehörden gehalten und unterstützt würde. In Wirklichkeit enthält dieses Organ, außer einer wohllosen Zusammenstellung, Verfügungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens und Urteile aus der Spruchpraxis der Einigungsämter nicht das Geringste, was den Anspruch auf Fachwissenschaft erheben könnte. Wenn Herr Br. nunmehr in die Gränzen seines Organs durch wüste parteipolitische und persönliche Beschimpfung Abwechslung zu bringen versucht, so sollen sich die abonnierten Behörden ernstlich überlegen, ob auf den Fortbezug dieses Blattes noch Wert zu legen ist. Der beste nachdrückliche Beweis für die Nichtigkeit des Abbaubeschlusses der Reutlinger Bezirksversammlung und für die Wertlosigkeit des „Einigungsamt“ als Fachorgan ist die Tatsache, daß Herr Schriftsteller Br. unter die Komplettesten gegangen ist — „Fachwissenschaftler“ — so haben sie aus!

100 Juchheft und ostliche Jahreshefte des Staatlichen Bauwesens Weimar sind die gemeinschaftliche Gedächtnis- u. d. „Berliner“ den Großen Berliner Schulen für die pädagogischen Sammlungen. Die Kreise können wertvoll zwischen 3 und 7 Uhr in der Veronikastraße Postdamer Str. 104 (Eingang Amsterdamerstr.) abgeholt werden. Voransteht ein Anwesen der Schule, für die der Kessel angefordert wird. Der Beginn der Verteilung des zweiten Fundus wird rechtzeitig bekanntgegeben.

„Vatergemeinschaft im Interesse Deutschlands“. Am Freitag, den 6. Februar, wird in einer Versammlung der Vaterländischen Vereinigung der Vaterlandfreunde Berlin Frau Dr. h. O. Obermayer einen Vortrag über das Thema „Vaterländische Gemeinschaft im Interesse Deutschlands“ halten. Der Vortrag findet abends 7 1/2 Uhr in der Hochschule für Politik, Schöneberg, im Saal III statt; wolle sich mitkommen.

Ein herrenloses Vermögen.

Alle Welt klagt, daß sie kein Geld hat, und da gibt es laienmännliche Leute, die ihre Vaterstadt verlassen, nie etwas von sich hören lassen und darum auch nicht wissen, daß für sie in der Heimat Geld bereit liegt, das nur darauf wartet, abgehoben zu werden. Man teilt uns mit, daß in Schiffsburg einst eine Familie Haller gewohnt hat, die zwei Söhne Oskar und Feist besaß. Die beiden Söhne wanderten nach dem Tod der Eltern in die weite Welt und hatten Vaterhaus und Heimatstadt vergessen. Da starb eine Tante von ihnen und hinterließ ihnen ein kleines Vermögen. Dieses Geld ist bei der Sparkasse in Schiffsburg hinterlegt, kann aber nicht ausgezahlt werden, weil man nicht weiß, wo sich die Erben befinden. Es ist, wie man uns schreibt, ein kleines Vermögen, das natürlich im Lauf der Zeit durch Zins und Zinseszins gewachsen und gewachsen ist. Wir wünschen unseren Lesern, daß sich unter ihnen die verlassenen Söhne Oskar und Feist befinden oder daß sie, wenn die Erben tot sein sollten, nahe Verwandte von ihnen sind. Wer näheres erfahren will, muß sich an den Pfleger des Nachlasses der Tante, Herrn Louis Knabe in Schiffsburg wenden. Viel Glück!

21 619 Straßeneinfälle in einem Jahr. Nach einer Statistik der Polizeibehörde ereigneten sich in London im Jahre 1924 21 619 Straßeneinfälle, von denen 238 tödlich verliefen. Im Vorjahre 1923: 18 593 Unfälle, von denen 180 tödlich verliefen.

Eine alte Lehrerin.

Die folgenden feinfühlerigen Zeilen aus der Feder einer Frau behandeln das Lebensproblem jener alten Lehrerin, deren Bestreben zu einem Ansehensstande vor kurzem die Definitivität erlangt hat. Sie mögen dazu dienen, ein Drogal verständlich zu machen, der die große Masse heute noch fremd und fast ganz unbekannt ist.

Die Ereignisse jagen sich — es muß schon Abnormes passieren, wenn der hoffige Zeitungsläser bei dem Bericht verweilen soll. Dieser Fall ist eingetreten: eine Lehrerin und Erzieherin verführte einen zwölfjährigen Knaben!

Als vor Jahren Karin Michaelis uns die Frau im gefährlichen Alter schilderte, hörten wir auf: die späte Liebe, das zweite Lieb — es klang neu für unsere Ohren — eine Frau von 40 Jahren war bis dato abgetan — was es in ihr aber noch nicht still geworden, so gab sie sich der Biederlichkeit preis. Die Biergigjährige setzte einen Kapottehut mit Bindenbändern auf und hatte ihre Gefühle einzuschachteln! Diese Zeiten sind ja nun vorüber — aber eins ist geblieben, wenn auch alles sich wandelte: Bestimmungen in großer Härte für Lehrerinnen — Bestimmungen, die jedes Liebesleben verbieten — das Jübiat — sie darf nicht heiraten, sonst verliert sie ihre Position und damit die Pensionsberechtigung. So schwindet ihre Jugend — sie wird älter — was macht sie nun mit ihrem unverbrauchten inneren Jungsein? Ist sie eine Lehrerin, wie es sich gehört, so wird sie alt und trübsinnig nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich. Diese Lehrerin aber, die man vor ihren irdischen Richter jetzt brachte, scheiterte — ihr unverbrauchtes Liebesgefühl raubte ihr die ruhige Überlegung, verwirrte ihre Sinne — sie rief einen Knaben an sich — sie, die bis zum 31. Lebensjahre sich dem Konne verschloß (ärztliche Untersuchungen haben ergeben, daß sie bis zum 31. Jahre eine virgo intacta war), sie lebte ihre erste große Liebe aus! Wie schwer mag diese Frau gelitten haben unter der Schuld, die sie auf ihre Seele lud durch diese irdige Handlung?

Es ist Zeit, aufzuräumen mit dem alten Japs! Wenn eine Lehrerin ihre Pflicht tut, so laßt auch ihr die Bestimmung für ihr Privatleben. Eine gute Erzieherin wird ihr Leben mit dem nötigen Takt leben, wie jede andere feinfühlerige Frau es tut. Dann werden solche krankhaften Erscheinungen der sexuellen Hysterie nicht auftreten wie bei dieser 33jährigen, belagerten Frau. Selber bedarf es immer erst einer Katastrophe, um auf Rechtschäden aufmerksam zu werden.

* Frau Dr. Thea Sutoris.

Neue Verkehrstürme in Berlin.

Wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände erfährt, ist das Verkehrsamt der Stadt Berlin der Ansicht, daß die Regelung des Verkehrs durch Verkehrstürme zur Berlin das Zweckmäßigste sei. Der Vorteil wird erst dann zur Geltung kommen, wenn mehrere Türme aufgestellt sind, die zusammenarbeiten können. Es schwebt vor, den Verkehr einheitlich zu regeln, so daß z. B. die Strecke vom Potsdamer Platz bis zur Leipziger, die Friedrichstraße durchfahren werden kann. Durch das Zusammenarbeiten der Türme soll vermieden werden, daß an den einzelnen Kreuzungen (Wilhelmstraße, Rauerstraße usw.) der Verkehr noch dem Guckdanken der einzelnen Beamten geregelt wird. — Ueber den Ort und die Zeit der Aufstellung dieser Türme, die von den verschiedenen Verkehrsunternehmungen — der Hochbahngesellschaft, der Nordbahngesellschaft, der U-Bahn, dem Verband der Automobilindustrie und dem Verein der Automobilhändler — gestiftet werden, ist noch keine Entscheidung getroffen. Auch über die technische Einrichtung ist man sich noch nicht klar, da die Erfahrungen, die man mit dem Turm auf dem Potsdamer Platz macht, verwertet werden sollen.

Im Kampf für neue Wohnungen und gegen Mietskasernen

Heraus aus der Wohnungsnot! Finanzierungsversuche und „möglichkeiten“, lautete das Thema, über das Genosse Viktor Roca gestern abend in der Aula der Oberrealschule in Pankow auf Einladung des Bundes Deutscher Bodenreformer sprach. Er zeichnete im ersten Teil seines Vortrages drei Bilder von Wohnungselend auf dem Lande, in der Kleinstadt und in Berlin und erschütterte damit die zahlreich anwesende Hörerschaft. Er überzeugte von der weit in die Gebiete der allgemeinen Sozialpolitik, insbesondere der Volkswirtschaft, ausstrahlenden Bedeutung des Vandalenbaugebietes. Im zweiten Teile gab er eine eingehende Darstellung der verschiedenen Versuche des Reiches, der Länder und der Gemeinden, den Wohnungsbau zu finanzieren sowie neuer Vorschläge hierfür, wobei er scharfe Worte der Kritik über die schwebenden Finanzpläne sand. Seine Ausführungen gipfelten im dritten, grundsätzlichen Teile, worin er als Bodenreformer zu den Entwürfen auf Schaffung eines Bodenreformgesetzes, die gegenwärtig dem Reichstage vorliegen, insbesondere zu dem betreffenden Antrag der Sozialdemokratischen Partei Stellung nahm und von den Gemeinden die Abgrenzung von Heimstätten-gartengebieten verlangte. Eine Entschließung wurde einstimmig angenommen, in der gefordert wird, daß mit aller Beschleunigung gemäß dem preussischen Ausführungsgesetz vom 18. Januar 1924 zum Reichsheimstättengesetz nun wirklich von den Gemeinden Heimstätten-gartengebiete abgegrenzt werden und daß die den Stadtgemeinden aus der Hauszinssteuer zur Förderung der Neubautätigkeit zustehenden Mittel vorzugsweise für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern und nicht für Mietskasernenbau herausgegeben werden.

W Weiterbildungsschule. Der Einfluß der Genossen Böhm-Schuch im Zeichen des Maß umhändelnder heute ausfallen. Fortsetzung nächsten Donnerstags.

Gewerkschaftsbewegung

Sowjetrußland und Einheitsfront.

L. F. R. Wenn man die Polemik verfolgt, die in den sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und kommunistischen Blättern im Zusammenhang mit den Berichten und Äußerungen der Mitglieder der aus Rußland zurückgekehrten britischen Gewerkschaftsdelegation geführt wird, so gewinnt man den Eindruck, daß zwei Faktoren nicht genügend auseinandergehalten werden: 1. das Ros und die Bedeutung des sowjetrußischen Staatsgebildes und 2. die russische Außenpolitik und insbesondere das Verhältnis der russischen Kommunisten zur westlichen Sozialdemokratie. Dies sind zwei vollständig verschiedene Fragen, die von verschiedenen Faktoren bedingt sind und vollständig anders bewertet werden müssen.

Man muß diese beiden Faktoren deshalb scharf trennen, weil die kommunistische Presse bei der Kritik der Berichte der englischen Genossen, die im Hinblick auf eine richtige Bewertung des von allen Seiten sich häufenden Materials notwendig und durchaus sachlich und selbstverständlich ist, die Sache so darstellt, als ob die westliche Sozialdemokratie gegen Sowjetrußland an sich sei. Wenn die Kommunisten zuzetteln, wo Rußland keine Gefahr von außen droht, glauben, eine Art Patent auf die „papierenen“ Verteidigung Sowjetrußlands zu haben, so muß demgegenüber festgehalten werden, daß sich zum Beispiel der IGB, und damit die ihm angeschlossenen Arbeiter schon viel früher und in einem viel entscheidenderen Stadium energisch für Sowjetrußland eingesetzt haben. Die Russen haben es zu einem sehr großen Teil dem seiherzeit noch unter dem Vorsitz des „Bourgeois-Lafaire“ A. H. Thomas im IGB, vereinigten englischen Genossen und dem Vorgehen des IGB. betr. die Verweigerung der Munitionstransporte nach Polen zu verdanken, daß in einem sehr kritischen Augenblick eine größere Aktion der kapitalistischen Staaten gegen Rußland unterblieb. Schon im Jahre 1919 nahm der IGB eine Resolution an, in der der Gründungsangriff erfaßt wurde, die von den alliierten Regierungen gegen Rußland und Ungarn organisierte Blockade zu rekurieren. Er hat alles getan, um diesen Beschluß in die Tat umzusetzen. Als der IGB die Aktion zugunsten des hungernden Rußland einleitete, schrieb er in seinem Aufruf wörtlich: „Der Sturz der Sowjetregierung wäre nur das Signal zum Entscheidungskampf der Gegenrevolution.“

Wenn also die Berichte über Sowjetrußland besprochen und kritisiert werden, so geht es nicht gegen Rußland, sondern um eine sachliche Beurteilung. Wenn Urteile stark auseinanderlaufen, so liegt die Wahrheit gewöhnlich in der Mitte, und wenn sie in der Mitte liegt, so übertreiben eben die Kommunisten mindestens so stark wie die tendenziösen kapitalistischen Nachrichtenagenturen. Daß ein Bericht wie derjenige von Herbert Smith über die Lage der russischen Bergarbeiter dieser Mitte ungefähr entspricht, kommt z. B. sicher schon in seiner Bemerkung zum Ausdruck, daß im Vergleich zur zaristischen Zeit ohne Zweifel große Fortschritte zu verzeichnen seien. Dieses Urteil mag richtig sein, obwohl es noch nicht viel bedeutet. Wir bleiben im Rahmen unserer Politik, wenn wir sogar sagen: es würde uns freuen, wenn es in Rußland so gut stünde, daß die Russen nicht gezwungen wären, die Hilfe der ausländischen Kapitalisten in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen Apparat wieder einigermassen in Bewegung zu setzen.

Somit über den ersten Punkt. Was die russische Außenpolitik und das Verhältnis der russischen Kommunisten zur westlichen Sozialdemokratie betrifft, so muß vor allem auf folgenden Unterschied hingewiesen werden: während die Verhältnisse in Rußland selbst — wie wir gerade im Zusammenhang mit der Hinzuziehung des westlichen Kapitals sahen — mehr oder weniger von Notwendigkeiten und vor allem von der Wirklichkeit bestimmt werden, ist die kommunistische Außenpolitik nur ein Satat von Borniertheit, Kurzsichtigkeit und starren, unfruchtbaren Formeln. Leuten, die es versuchen, in einer Mehrheit von kapitalistischen Staaten unter Bekämpfung der einzigen Parteien, die, wenn auch mit anderen Methoden, in ihrer Richtung kämpfen, blindwütend an einer Politik festzuhalten, die sie nicht einmal in ihrem eigenen kommunistisch-diktatorischen Staat ohne Konsequenzen durchführen können, sind, gerade gesagt, kindisch leichtsinnig. Sie heißen Sinowjew und Bofanosty und gehören dorthin, wohin sie die anderen wünschen.

Nicht die Lage in Rußland, sondern die Beziehungen zu den russischen Gewerkschaften stehen zur Diskussion. Wollten wir über diese Frage reden, so müßten wir Dinge wiederholen, die wir schon oft gesagt haben und die sich letzten Endes auf folgende Formel bringen lassen: Der Vorstand des All-russischen Gewerkschaftsbundes, um dessen Anschluß an den IGB, es geht, geht sich aus Diktatur-Kommunisten zusammen. Der Vorstand des IGB, und die ihm angeschlossenen Organisationen sehen sich aus Sozialdemokraten zusammen. Wenn die Russen als Kommunisten — jeder hat das Recht, Kommunist zu sein — mit uns als Sozialdemokraten — und jeder hat wohl auch das Recht, Sozialdemokrat zu sein? — ehrlich zusammenarbeiten wollen, so kann sie nichts davon hindern, sich der repräsentativsten Organisation, d. h. dem IGB, anzuschließen. Am übrigen werden ja, wie die Russen immer und immer wieder

behaupten, „die Massen entscheiden“. Wollen die Russen etwas anderes, so wird sich dies ja zeigen.

Die Lohnbewegung der Eisenbahner.

Kommenden Dienstag, am 10. Februar, werden die Organisationen der Reichseisenbahner ihre Wünsche und Forderungen für die weitere Befestigung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der Verwaltung der Reichseisenbahn vorzutragen. Daran werden sich die Verhandlungen anschließen.

Berliner Gewerkschaftsschule.

Das neue Semester der Gewerkschaftsschule beginnt in der Woche vom 9. bis 13. Februar. Es bringt wie bisher Arbeitsgemeinschaften auf den Gebieten der Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, des Arbeitsrechts, des Gewerkschaftswesens sowie der Sozial- und Kulturpolitik. Anmeldungen werden von den Ortsverwaltungen der Verbände und im Bureau der Gewerkschaftsschule, Engeliner 24/25 I, angenommen.

Die Gewerkschaftsschule gibt jetzt eine Vierteljahresschrift für ihre Hörer, Mitarbeiter und Freunde heraus. Die erste Nummer ist erschienen und enthält außer einem grundsätzlichen Aufsatz über den Zweck gewerkschaftlicher Bildungsarbeit von Richard Seidel, Darstellungen über die Entwicklung der Berliner Gewerkschaftsschule, über die Bildungsarbeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes, über die Heimvolkshochschule Tinz, über die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. und über die staatliche Wirtschaftsschule in Düsseldorf. Ein weiterer wichtiger Aufsatz ist der von J. W. Brown, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, über die Arbeiterbildung. Internationale. Unter der Rubrik „Aus der Arbeit der Berliner Gewerkschaftsschule“ erscheint ein Bericht über den letzten Lehrgang sowie eine Arbeit über die Frauen-Bildungs-Gemeinschaft der Gewerkschaftsschule von Gertrud Ellert. Außerdem enthält das Heft das Verzeichnis der am 9. Februar beginnenden Lehrgänge der Berliner Gewerkschaftsschule und eine umfangreiche Literaturübersicht.

Die Berliner Gummiarbeiter.

Eine überfüllte Versammlung der Gummiarbeiter am 3. Februar nahm den Jahresbericht des Branchenleiters Genossen Krüger entgegen. Eine wesentliche Rolle spielte im Bericht der fünf-wöchige Streik um den Achtstundentag im letzten Frühjahr. Das von einigen Unternehmern gesteckte Ziel, die Vertrimmerung der Organisation, ist nicht erreicht worden. Wenn die Gummiarbeiter heute noch eine feste, geschlossene Organisation haben, dann nicht zuletzt deswegen, weil sie in ihrer großen Mehrheit die Tätigkeit der Rostauer Zellenbauer ablehnen. Im neuen Jahre muß wieder den sanitären und hygienischen Zuständen in den Betrieben ein erhöhtes Augenmerk zugewandt werden. Auf die Lohnpolitik übergehend, erklärte der Berichterstatter, daß es gelingen muß, in den bevorstehenden Sonderverhandlungen die Abtrennung der Löhne von denen der chemischen Industrie zu erreichen. In der sehr regen und sachlich geführten Diskussion wurde die Tätigkeit der Branchenleitung im allgemeinen anerkannt. Ein Vertrauensvotum für die bisherige Tätigkeit, von den Anhängern der Amsterdamer Richtung eingebracht, fand fast einstimmige Annahme. Die Abstimmung ergab die einstimmige Wahl der von den Funktionären vorge schlagenen Branchenleitung, die mit einer Ausnahme aus Kollegen der Amsterdamer Richtung besteht.

Gegen die „Straßenlämpfer“.

Auch die Belegschaft der A. G. H. L. 2. Kopf- und Handarbeiter, hat sich in einer Resolution vom 2. Februar gegen das „Die Interessen des Proletariats schädigende rohe Verhalten eines Teils der Arbeiterchaft anlässlich der Kundgebung gegen den Rechtskurs“ gemeldet.

Die größte Berachtung sprechen wir dem sich Kommunisten schimpfenden Teil der Arbeiterchaft aus, denn mit Fußstapfen, Schlagringen und Messern ist der Aufstieg zur Kultur nicht zu erreichen. ... Die anständigen Arbeiterchaft wird aufgefordert, zwischen sich und diesen Schädlingen der Arbeiterbewegung endgültig den Trennungstrich zu ziehen.

Achtung, Olescher! In der inoffiziellen Zeitung „Der Lämpfer“ ist wiederholt die Firma Oskar Weber-Spandau gesperrt worden, weil der Unternehmer und seine Vertrauten sich erlauben, nach der Organisationsangelegenheit zu fragen. Wir weisen darauf hin, daß laut Tarifvertrag die Arbeiter im Olescherbetriebe verpflichtet sind, in der Regel nur solche Olescher zu beschäftigen, die dem Deutschen Bauergewerksbund angehören. Die Oleschermeister sind also verpflichtet, sich zu vergewissern, ob die bei ihnen beschäftigten Olescher dem Deutschen Bauergewerksbund angehören. Die Sperrung ist deshalb unzulässig. Die Mitglieder des Deutschen Bauergewerksbundes haben nach wie vor das Recht, bei der Firma Weber in Spandau zu arbeiten. Die Fachgruppenleitung.

Zentralverband der Molchnissen und Heizer sowie Berufs-genossen Deutschlands.

Generalversammlung, Freitag abend 6 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses, Engeliner 24/25. Jahresbericht, Kassenbericht, Krawatten. So die Branchen- und Bezirksleiter laut Ortsstatut, § 2, in der Generalversammlung befragt werden, müssen dieselben unbedingt erscheinen. Ungehört ist es nicht jedes dienstfreien Kollegen, die Versammlung zu besuchen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gelerhaus; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Ebert; Kultur: R. G. Böcher; Volkes- und Sozialist: Erik Rath; Frauen: E. Gled, sämtlich in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Norddeutsche-Verlagsanstalt und Verlagsdruckerei Paul Singer u. Co., Berlin SW 61, Unter den Eichen 2.

HOLZKÜSER
von 500 Mk. an.
Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert kursoratig
Holzhausbau Ullmann
14, Lohrwegstr. 11-13
Berlin SW 71

1000 Strickwesten
Sportackern etc. aller Art.
Bleyle's Kinder-Kleidung
zu Originalpreisen.
Billigste Quelle für Kenner
u. ausserordentlich Geschmack
Bruno Richter & Co.
Fabriklager Thür. Wollwaren
Eck-Parkw. Wilhelmstr. 1, Ecke Breitestr. 1
1009 9-7 Nur Einzelverk.

Stempelfabrik Robert Hedi
alle Arten Stempel.
Tel.: Mpl. 7251

Dem Schaffenden das Wissen!
Das Taschenbuch der Arbeit
Beiträge erster Federn:
Bürgel, Graf, Kampfmeyer, Renner, Schikowski, Wendel, Zell u. a. Kalendarium, Adressenmaterial
Ganzleinen 1,50 Mark
Zu haben bei
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstr. 2, Abtlg. Sortiment

PAUL SCHENCK
REICHENBERGER STR. 30
KÖNIGSDAMMER UFER 108
70.-
komplett m. 60 cm Baidenschirm l. elektrisch 70.- M.
für Gas 45.-
9.50
aus unserer Reklame-Kollektion
Größe Musterausstellung in Berlin.

II. BAUSCHIEK
Großstadtgeschichten
Soeben erschienen. Mit Bildern von ihm selbst.
In Ganzleinen gebunden 1,50 Mark. Zu haben:
Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 2

Alles Spezialgeschäft
Kamelhaut-Schaf-Kleie-Deden
31 solagen Stridjeden
Stümpfen
Fries
GEBRÜDER Pflaum
Berlin SW
Friedrichstr. 205
alle Stempel